Durchführungsvertrag

über die Durchführung und Sicherung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans K 14 „Windpark Peterberg“ und der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes in der Gemeinde Hürtgenwald

Die Gemeinde Hürtgenwald,
August-Scholl-Straße 5,
52393 Hürtgenwald

gesetzlich vertreten gemäß § 64 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666) in der aktuell geltenden Fassung durch den Bürgermeister Herrn Axel Buch

- nachstehend „**Gemeinde**“ genannt -

und

die Innovative Energie Anlagen Hürtgenwald GmbH,
August-Scholl-Straße 5,
52393 Hürtgenwald

vertreten durch die jeweils einzelvertretungsberechtigten Geschäftsführer Herrn Axel Buch und Herrn Hans-Willi Schruff

- nachstehend „**Vorhabenträger**“ genannt -

- Gemeinde und Vorhabenträger nachstehend zusammen „**Vertragsparteien**“ genannt -

schließen aufgrund von § 12 Absatz 1 Satz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der aktuell geltenden Fassung folgenden Vertrag:

Präambel

Der Vorhabenträger beabsichtigt die Errichtung von insgesamt fünf Windenergieanlagen (WEA) im Gebiet der Gemeinde Hürtgenwald.

Um die Vorhaben planungsrechtlich zu sichern, hat die Gemeinde auf der Basis einer zuvor erstellten Potentialflächenanalyse den Flächennutzungsplan zur 9. Änderung vorbereitet und stellt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan K 14 „Windpark Peterberg“ auf. Die weiteren Konkretisierungen der Vorhaben innerhalb der Konzentrationszone werden durch Aufstellung des vorgenannten vorhabenbezogenen Bebauungsplans gesteuert.

Es ist beabsichtigt, zu einem späteren Zeitpunkt mehreren Betreibergesellschaften die Rechtsnachfolge des Vorhabenträgers durch Eintritt in die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag zu ermöglichen.

Dies vorausgeschickt schließen die Gemeinde und der Vorhabenträger folgenden Vertrag:

Teil I - Allgemeines

§ 1 Allgemeine Grundlagen

- (1) Das Vertragsgebiet hat eine Größe von ca. 5,3 ha. und ergibt sich aus der zum Vertrag genommenen **Anlage 2**.
- (2) Folgende Grundstücksflächen befinden sich im Gebiet des zukünftigen Bebauungsplanes K 14:

Gemarkung Vossenack 9	Flurstück	39
Gemarkung Vossenack 10	Flurstück	18
Gemarkung Vossenack 10	Flurstück	19
Gemarkung Vossenack 10	Flurstück	21
Gemarkung Vossenack 10	Flurstück	22
Gemarkung Vossenack 10	Flurstück	47
Gemarkung Vossenack 11	Flurstück	10
- (3) Folgende Grundstücksflächen befinden sich innerhalb der Baufenster des geplanten Bebauungsplans:

Gemarkung Vossenack 9	Flurstück	39
Gemarkung Vossenack 10	Flurstück	19
Gemarkung Vossenack 11	Flurstück	10

§ 2 Bestandteile des Vertrages

- (1) Bestandteile des Vertrages sind
 - a) der vorhabenbezogene Bebauungsplan K 14 „Windpark Peterberg“ (**Anlage 1**),
 - b) der Vorhaben- und Erschließungsplan (**Anlage 2**),
 - c) Erschließungsplan (**Anlage 3**),
 - d) der Landschaftspflegerische Planungsbeitrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan K 14 der VDH Projektmanagement GmbH vom März 2016 nebst Anlagen (**Anlage 4**),
 - e) der Vertrag über die Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen (**Anlage 5**),
 - f) der Gestattungsvertrag zur Ausführung von Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen (**Anlage 6**),
 - g) das Artenschutzgutachten des Büros für Ökologie & Landschaftsplanung, Hartmut Fehr, Wilhelmusch 11, 52223 Stolberg vom 19.02.2016 (**Anlage 7**),
 - h) die immissionsschutzrechtliche Bewertung der IEL GmbH, Kirchdorfer Str. 26, 26603 Aurich vom 19.02.2016 (**Anlage 8**),
 - i) Nachweise über die Rückbaukosten der Windenergieanlagen (**Anlage 9a und 9b**),
 - j) Nachweis über die dingliche Sicherung der Ausgleichsflächen (**Anlage 10**).
- (2) Die Vertragspartner bestätigen, dass ihnen die oben genannten Anlagen vollständig vorliegen.

Teil II - Vorhaben

§ 3 Beschreibung des Vorhabens

- (1) Der Vorhabenträger beabsichtigen, an den in Anlage 1 dargestellten Standorten insgesamt fünf Windenergieanlagen des Typs ENERCON E-115 mit Nabhöhen von 135,4 m bzw. 149 m und einer Nennleistung von jeweils 3.000 kW zu errichten.
- (2) Der Vorhabenträger hat die unter § 1 Abs. 2 dieses Vertrages näher bezeichneten Grundstücks(teil)flächen, die Gegenstand des Vorhaben- und Erschließungsplanes (Anlage 2) sind, soweit sie sich nicht im Eigentum des Vorhabenträgers befinden, von dem Landesbetrieb Wald und Holz NRW langfristig gepachtet. Alle Verträge wurden von der

Gemeinde eingesehen. Der Nachweis der Verfügungsbefugnis über die innerhalb des Verfahrensgebietes gelegenen Grundstücke zu Gunsten des Vorhabenträgers ist somit erbracht. Der Vorhabenträger ist auf den jeweiligen Grundstücken als dinglich Nutzungsberechtigter im Grundbuch vor Beginn der Maßnahmen einzutragen.

§ 4 Durchführungsverpflichtung

- (1) Der Vorhabenträger verpflichtet sich zur erstmaligen Herstellung und der Inbetriebnahme der Vorhaben nach den Regelungen dieses Vertrages und seiner Anlagen, insbesondere des Vorhaben- und Erschließungsplans sowie des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes K 14 „Windpark Peterberg“.
- (2) Der Vorhabenträger verpflichtet sich, innerhalb von 6 Monaten nach Bekanntmachung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans K 14 „Windpark Peterberg“ einen vollständigen und genehmigungsfähigen Antrag nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) zur Errichtung der Windenergieanlagen einzureichen.
- (3) Der Vorhabenträger verpflichtet sich ferner dazu, spätestens 18 Monate nach Eintritt der Bestandskraft der Genehmigung nach Absatz 2 mit der Herstellung der Vorhaben (Errichtung der jeweiligen Windenergieanlagen) zu beginnen und diese innerhalb von 24 Monaten ab dem Datum der Baubeginnanzeige, die der Gemeinde vor Baubeginn vorzulegen ist, fertigzustellen sowie die Windenergieanlagen nebst aller technischen Einrichtungen in Betrieb zu nehmen.
- (4) Spätestens innerhalb von 54 Monaten ab der Bekanntgabe des Zuschlages der Bundesnetzagentur sind die Anlagen fertigzustellen, sowie die Windenergieanlagen nebst allen technischen Einrichtungen in Betrieb zu nehmen.
- (5) Die Fristen nach Abs. 3 können durch die Gemeinde in Abstimmung mit der zuständigen Genehmigungsbehörde einmalig verlängert werden. Ein Anspruch des Vorhabenträgers auf Verlängerung der Fristen besteht nur, soweit auch ein Anspruch auf Verlängerung der Genehmigung nach Abs. 2 vorliegt.
- (6) Der Vorhabenträger wird der Gemeinde den Beginn der Errichtung der Windenergieanlagen 8 Tage vorher schriftlich anzeigen (Baubeginnanzeige).

§ 5 Ausgleich

- (1) Die Vorhabenträger verpflichtet sich, die mit der Realisierung des Vorhabens verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft entsprechend der in **Anlage 4** dargestellten Maßnahmen wie folgt auszugleichen:

Nr.	Gemeinde/ Stadt	Gemarkung	Flur	Flurstück	Fläche in m ²	Entwicklungsziel
1	Hürtgenwald	Brandenberg	24	107(tlw.)	17.200	Waldentwicklung
2	Hürtgenwald	Brandenberg	1	10	13.500	Waldumwandlung
3	Hürtgenwald	Brandenberg	1	12		
4	Hürtgenwald	Brandenberg	1	14		
5	Hürtgenwald	Brandenberg	1	18		
6	Hürtgenwald	Brandenberg	1	19		
7	Hürtgenwald	Brandenberg	1	20		
8	Hürtgenwald	Brandenberg	1	23		
Summe					30.700	

- (2) Der Ausgleich erfolgt zum Teil auf eigenen und gepachteten Flächen über ein bestehendes Ökokonto. Die Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen für den Vorhabenträger ist dem als **Anlage 5** und dem als **Anlage 6** beigefügten Verträgen zu entnehmen.

- (3) Der Vorhabenträger verpflichtet sich, die Maßnahmen auf den dort genannten Flächen herzustellen. Die Ausgleichsmaßnahmen sind spätestens 12 Monate nach Fertigstellung des Bauvorhabens, abnahmefertig herzustellen. Der Vorhabenträger zeigt die Fertigstellung der Unteren Landschaftsbehörde zur Abnahme schriftlich an. Eine Durchschrift dieses Schreibens ist gleichzeitig an die Gemeinde zu übersenden. Vom Zeitpunkt der Abnahme der Ausgleichsmaßnahme an, übernimmt der Vorhabenträger für die Dauer des Eingriffs, d.h. bis zur Einstellung des Betriebs und dem damit verbundenen Rückbau der Windenergieanlage, die Herstellungs-, Entwicklungs- und Erhaltungspflege.
- (4) Kommt der Vorhabenträger seinen Verpflichtungen vorstehend Absatz 3 nicht oder mangelhaft nach, ist die Gemeinde berechtigt, die Herstellung bzw. die Pflege auf Kosten des Vorhabenträgers vornehmen zu lassen. Zum Zwecke der eigenen Herstellung bzw. Pflege nach Satz 1 gestattet der Vorhabenträger der Gemeinde die Nutzung der Grundstücke nach Absatz 1 nach Maßgabe der zwischen dem Vorhabenträger und den Grundstückseigentümern geschlossenen Verträge.
- (5) Soweit die Gemeinde nach vorstehendem Absatz 4 zur Herstellung der Ausgleichsmaßnahme, zur Mängelbeseitigung bzw. zur Pflege (Satz 1) oder zur Zahlung (Satz 2) anstelle des Vorhabenträgers oder sonstig Berechtigter berechtigt ist, kann sie die Maßnahmen unter Inanspruchnahme der Bürgschaften nachstehend § 10 Absatz 1 Nr. 1 bewirken.

§ 6 Artenschutz

Der Vorhabenträger verpflichtet sich entsprechend der Empfehlungen nach **Anlage 6** dieses Vertrages zum Schutz betroffener Arten folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Vögel:

- a) Die Baufeldfreimachung sollte zur Vermeidung von Beeinträchtigungen von Nestern und Eiern (Artikel 5 VogelSchRL) bzw. Beschädigungen oder Zerstörungen von Fortpflanzungsstätten (§ 44 BNatSchG) außerhalb der Vogelbrutzeit (01.03. – 30.09.) stattfinden. Abweichungen hiervon sind nach vorhergehender Abstimmung mit der Unteren Landschaftsbehörde denkbar, wenn vorab gutachterlich festgestellt wurde, dass sich im Bereich des Baufeldes keine Vogelbrut befindet.
- b) Zum Schutz ziehender Kraniche sollten die Anlagen vorsorglich in der sensiblen Zugzeit zwischen dem 15. Februar und 20. März sowie dem 15. Oktober und 15. Dezember bei ausgeprägten Schlechtwetterlagen (Nebel bzw. deutlich behinderte Sicht) und ggf. parallel örtlicher Kontrolle tagsüber abgeschaltet werden.

2. Fledermäuse:

- a) Es sollten eine Ausstattung von zwei WEA mit Batcordern zur permanenten Höhenerfassung und ein 2-jähriges Monitoring erfolgen. Der im Leitfaden „Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in NRW“ vorgesehene Abschaltalgorithmus ist anzuwenden. Die WEA sind nachts in der Zeit vom 01.04. bis 31.10. bei Windgeschwindigkeiten < 6 m/s und Temperaturen ab 10°C sowie fehlendem Niederschlag abzuschalten. Auf Basis des Batcordermonitorings sind nach dem ersten, später dann nach dem zweiten Betriebsjahr bei Bedarf Abschaltzeiten unter definierten Bedingungen zu formulieren.
- b) Die Entnahme von Gehölzen sollte außerhalb der Aktivitätszeit von Fledermäusen zwischen Anfang November und Ende Februar erfolgen. Ausnahmen sind in Abstimmung mit der Unteren Landschaftsbehörde denkbar, wenn vorab gutachterlich festgestellt wurde, dass sich auf der jeweiligen Fläche keine besetzten Quartiere befinden.
- c) Sollten ältere Bäume mit deutlichen Baumhöhlen (Spechthöhlen, Stammanrisse) entfernt werden, sind diese vorab auf einen Besatz an Fledermäusen zu kontrollieren; ggf. ist das Ausfliegen abzuwarten.

- d) Die Erschließung sollte so konzeptioniert werden, dass der Verlust von Altbaumbestand entlang von Wegen weitestgehend vermieden wird. Ist dies nicht möglich, gelten obige Angaben.
- e) Die Installation von Bewegungsmeldern im Mastfußbereich (etwa zur Erleichterung abendlicher Kontrollen) ist zu vermeiden.

3. Wildkatze (Biber):

- a) Projektbezogene Rodungsmaßnahmen sind ausschließlich in der Zeit vom 01. Oktober bis 28. Februar zulässig.
- b) Die Gesamtbauzeit ist auf eine Reproduktionsperiode zu beschränken.
- c) Baumaßnahmen in der Wurf- und Aufzuchszeit (01. März bis 31. August) sind nicht zulässig, es sei denn, die Arbeiten zur Baufeldfreimachung und der anschließende Weiterbau gehen zeitlich übergangslos im Anschluss an die Rodungsarbeiten weiter. Die Pause zwischen Rodung und Beginn der Erdarbeiten sollte möglichst nicht mehr als einige Tage betragen und die Arbeiten dürfen danach auch bis zur Fertigstellung nicht mehr länger unterbrochen werden. Ansonsten gilt die Zeit vom 15. März bis 30. Juni als Kernzeit, in der Ausnahmen nicht möglich sind. Beim Bau in der Zeit vom 01. bis 15. März sowie im Juli/August ist bei Ausnahmen ein sachkundiger Wildkatzengutachter zwecks Projektbegleitung heranzuziehen. In kritischen Fällen kann sich der Einsatz moderner Technik wie Wärmebildkameras lohnen.
- d) Es sollte insbesondere in der Wurf- und Aufzuchszeit (01. März bis 31. August) die Durchführung aller Bautätigkeiten, einschließlich des Transports der nötigen Baumaterialien und Bauteile, auf die Tageslichtzeiten begrenzt werden. Ausgenommen davon sind Schwertransporte bei der nächtlichen Anlieferung (Schrittgeschwindigkeit).
- e) Die Anlage von Holzlagerplätzen, Langholzpoltern u. ä. ist im Bereich der Anlagen und Zuwegungen zu vermeiden.
- f) Die Aufarbeitung von Windwurfflächen ist zu vermeiden.
- g) Wartungsarbeiten sollten in der Kernaufzuchtzeit (Mitte März bis Ende Juni) nur tagsüber/bei Helligkeit durchgeführt werden. Das restliche Jahr über sollten diese Arbeiten bevorzugt bei Helligkeit durchgeführt werden.

Geeignete Maßnahmen zum Ausgleich möglicher Lebensraumverluste sind:

- a) Dauerhafte Sicherung von Altholzinseln mit hohem Totholzanteil – keine weitere Nutzung – im Ausnahme-fall höchstens zur „Verkehrssicherung“, wobei das entstehende Holz als Totholz vor Ort verbleibt.
- b) Entnahme monotoner, einschichtiger Nadelholzbestände (ggf. auch mehrere möglichst mind. 0,5 ha große Teilflächen innerhalb der Kultur), die (nach Beseitigung des Holzes) als Schlagfluren (Windwurfflächen) liegen bleiben und sich natürlich entwickeln können. Einzelne Wurzelstübe sollten in der Fläche verbleiben.
- c) Entfichtung von Bachtälern (beidseitig möglichst mindestens 25, besser 50 Meter) und natürliche Entwicklung von bachbegleitenden Feuchtwaldbeständen.
- d) Natürliche Entwicklung mittelalter, mehrschichtiger Laubholzbestände zu Naturwaldzellen ohne weitere Nutzung, ggf. Initiierung von Totholzbeständen durch einzelne Gehölzentnahmen, die vor Ort verbleiben.
- e) Umbau von Nadelholzforsten in Laubwälder mit natürlicher Entwicklung.
- f) Aufforstung von bodenständigen Laubwäldern mit gestuftem Waldrand. Bei der Neuanlage von Wald wird empfohlen, lückige Waldbestände zu begründen, die von ihrer Struktur her sich selbst wiederbewaldenden Windwurfflächen entsprechen. Es sollten Baumarten des Vorwaldes und Gebüsche gepflanzt werden.

§ 7 Schutz des Mutterbodens

Mutterboden, der bei der Durchführung der Vorhaben- und Erschließungsmaßnahmen im Vertragsgebiet ausgehoben wird, ist in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Ver-nichtung zu schützen. Seine Verbringung außerhalb des Vertragsgebietes bedarf der Zu-stimmung der Gemeinde.

§ 8 Erschließung

Die Erschließung der Vorhaben (Windenergieanlagen) erfolgt auf den unter § 1 Abs. 2 genannten gepachteten oder im Eigentum des Vorhabenträgers befindlichen Grundstü-cken. Der genaue Verlauf der wegemäßigen Erschließung sowie der Kabeltrassen ergibt sich aus dem als Anlage 3 beigefügten Erschließungsplan.

Die Erschließung ist somit gesichert.

§ 9 Rückbau

- (1) Der Vorhabenträger verpflichtet sich nach Beendigung dieses Vertrages oder Nutzungs-aufgabe zum vollständigen und fachgerechten Rückbau der Windenergieanlagen inklusi-ve deren Fundamenten und Kranstellflächen auf eigene Kosten. Soweit der Vorhaben-träger der Gemeinde nichts anderes nachweist, ist bei einer Stilllegung von 1 Jahr von einer Nutzungsaufgabe auszugehen. Der Rückbau muss innerhalb von 24 Monaten ab Außer-Betrieb-Setzen abgeschlossen sein. Mit dem Rückbau der letzten Windenergiean-lage sind auch alle sonstigen baulichen Anlagen im Plangebiet (Verfahrensgebiet) zu-rückzubauen.
- (2) Der Vorhabenträger wird der Gemeinde den vollständigen Rückbau der baulichen Anla-gen im Plangebiet anzeigen. Die Gemeinde setzt einen Termin zur Abnahme innerhalb von 14 Tagen ab Anzeige fest. Der Rückbau ist von der Gemeinde und dem Vorhaben-träger gemeinsam abzunehmen. Das Ergebnis ist zu protokollieren und von beiden Ver-tragsparteien zu unterzeichnen.
- (3) Werden bei der Abnahme Mängel festgestellt, so sind diese innerhalb von zwei Mona-ten, vom Tage der gemeinsamen Abnahme an gerechnet, durch den Vorhabenträger zu beseitigen. Anschließend zeigt der Vorhabenträger die Beseitigung der Mängel an, wo-raufhin eine erneute Abnahme nach den Absätzen 2 und 3 erfolgt.
- (4) Im Falle des Verzuges ist die Gemeinde berechtigt, die Windenergieanlagen bzw. Mängel auf Kosten des Vorhabenträgers beseitigen zu lassen. Hierzu gestattet der Vorhabenträ-ger der Gemeinde die Nutzung der Grundstücke nach § 1 Abs. 2 dieses Vertrages nach Maßgabe der zwischen dem Vorhabenträger und den Grundstückseigentümern ge-schlossenen Verträge.
- (5) Die hier geregelte Rückbauverpflichtung ist abschließend. Der Kreis Düren als Genehmi-gungsbehörde nach BImSchG wird von Seiten der Gemeinde unverzüglich nach Erhalt der Rückbaubürgschaften davon in Kenntnis gesetzt, dass diese vorliegen und im Rah-men des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens nicht noch einmal ver-langt werden können.
- (6) Die Regelung des Absatzes 1 ist wiederholt anwendbar, wenn die dort beschriebenen Voraussetzungen auf der Basis der jeweils vorausgegangenen Bürgschaftssummenände-rung entsprechend vorliegen.
- (7) Soweit die Gemeinde zum Rückbau der Anlagen anstelle des Vorhabenträgers oder sonstig Berechtigter berechtigt ist, kann sie den Rückbau unter Inanspruchnahme der Bürgschaft nach nachstehend § 10 Absatz 1 Nr. 2 (Rückbaubürgschaft) bewirken.

§ 10 Sicherheiten

- (1) Zur Sicherung des Ausgleichs gem. vorstehend § 5 und der Rückbauverpflichtung vorste-hend gem. § 9 stellt der Vorhabenträger je eine in deutscher Sprache gehaltene, selbst-

schuldnerische Bürgschaft einer in einem Mitgliedsland der Europäischen Union geschäftsansässigen Versicherung, Bank oder Sparkasse, vorzugsweise einer deutschen Versicherung, Bank oder Sparkasse,

(Nr. 1) in Höhe von 205.020,00 € zur Sicherung der Ausgleichsverpflichtung gem. § 5,

(Nr. 2) in Höhe von 947.707,10 € zur Sicherung der Rückbauverpflichtung gem. § 9.

Es sind somit Bürgschaften in einer Gesamtsumme von 1.152.727,10 € vorzulegen.

Sollte ein rechtliches Hindernis für eine oder mehrere der geplanten Windenergieanlagen bestehen oder entstehen, so verringern sich dadurch die geschuldeten Maßnahmen und in der Folge auch die zu stellenden Bürgschaftssummen jeweils anteilig. Entsteht das Hindernis vor dem Zeitpunkt des Absatzes 3 S. 1, sind die Bürgschaftssummen im Einvernehmen mit der Gemeinde entsprechend herabzusetzen. Das Einvernehmen erteilt die Gemeinde, sofern die Bürgschaftssummen weiterhin zur Deckung der Risiken ausreichend sind. Tritt das Hindernis später ein, so sind die Bürgschaften in entsprechender Höhe von der Gemeinde freizugeben.

Mit der Herstellung jeglicher baulicher Maßnahmen nach diesem Vertrag darf der Vorhabenträger erst nach Vorlage der Bürgschaften in der erforderlichen Höhe beginnen.

- (2) Erhöht sich der vom Statistischen Bundesamt geführte Verbraucherpreisindex (Basis im Jahr 2005 = 100 Punkte) nach Vertragsschluss gegenüber dem bei Abschluss des Vertrages bestehenden Index um mindestens 10 Prozentpunkte, so ist der Vorhabenträger verpflichtet, die Bürgschaftssummen im gleichen Verhältnis zu erhöhen. Die Gemeinde wird dem Vorhabenträger den Eintritt der Bedingungen nach Satz 1 schriftlich mitteilen und eine Berechnung der neuen Bürgschaftssummen vorlegen. Die Erhöhung ist innerhalb von 4 Wochen nach dieser Mitteilung vorzunehmen.
Sollte der Index vom Statistischen Bundesamt nicht fortgeführt werden, so wird ein vergleichbarer Index des Statistischen Amtes der Europäischen Union zugrunde gelegt.
- (3) Die Bürgschaftsurkunden sind 14 Tage vor Baubeginn der Gemeinde vorzulegen. Die Bürgschaft nach Absatz 1 Nr. 1 wird nach Abnahme der herzustellenden Maßnahmen und nach Erbringung des Nachweises der vollständigen Zahlung in Höhe von 153.765,00 € freigegeben. Weitere 25.627,50 € werden nach dem Ablauf von 5 Jahren, gerechnet ab dem Tag der vorgenannten Abnahme, freigegeben (Ablauf der Herstellungs- und Entwicklungspflege). Die restliche Freigabe der Bürgschaft erfolgt 10 Jahre nach Abnahme der vorgenannten Herstellungs- und Entwicklungsmaßnahmen. Die Bürgschaft nach Absatz 1 Nr. 2 wird nach erfolgter Abnahme des Rückbaus gemäß § 9 Abs. 2 und 3 frei- bzw. zurückgegeben.

Teil III - Schlussbestimmungen

§ 11 Kostentragung

Der Vorhabenträger trägt grundsätzlich alle Kosten dieses Vertrages und die Kosten seiner Durchführung, insbesondere auch die entstehenden Planungskosten, soweit diese durch nicht-hoheitliche Tätigkeiten und Beauftragungen entstehen.

§ 12 Rechtsnachfolge

- (1) Der Vorhabenträger ist berechtigt, mit Zustimmung der Gemeinde die Durchführung der Vorhaben- und Erschließungsmaßnahmen ganz oder teilweise einem oder mehreren Dritten zu überlassen, sofern der Dritte bzw. die Dritten sich schriftlich gegenüber der Gemeinde verpflichten, alle sich aus diesem Vertrag ergebenden Pflichten, Bindungen und Sicherheiten zu übernehmen. Die Gemeinde darf die Zustimmung nur verweigern, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Durchführung der Vorhaben- und Erschließungsmaßnahmen innerhalb der in § 4 genannten Fristen gefährdet ist.
- (2) Der Vorhabenträger haftet der Gemeinde für die Erfüllung des Vertrages neben einem oder mehreren etwaigen Rechtsnachfolgern, soweit die Gemeinde sie nicht ausdrücklich

aus dieser Haftung entlässt. Die Gemeinde wird den Vorhabenträger aus dieser Haftung entlassen, wenn die Durchführung der Vorhaben- und Erschließungsmaßnahmen innerhalb der in § 4 genannten Fristen nicht gefährdet ist.

- (3) Der Vorhabenträger haftet der Gemeinde für die Erfüllung des Vertrages neben einem oder mehreren etwaigen Rechtsnachfolgern bis die Sicherheiten gem. vorstehend § 10 abschließend von den Rechtsnachfolgern übernommen worden sind.
- (4) Treten mehrere Rechtsnachfolger die Rechtsnachfolge des Vorhabenträgers an gemäß Abs. 1 S. 1, so stellen sie die Bürgschaften jeweils ihrem jeweiligen Anteil entsprechend.

§ 13 Haftungsausschluss

- (1) Die Planungshoheit der Gemeinde bleibt durch diesen Vertrag unangetastet.
- (2) Aus diesem Vertrag entstehen der Gemeinde keine Verpflichtungen zur Aufstellung der Satzungen über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan oder den Flächennutzungsplan. Eine Haftung der Gemeinde für etwaige Aufwendungen des Vorhabenträgers, der diese im Hinblick auf die Aufstellung der Satzung tätigt, ist ausgeschlossen.
- (3) Für den Fall der Aufhebung der Satzung (§ 12 Abs. 6 BauGB) können Ansprüche gegen die Gemeinde nicht geltend gemacht werden. Dies gilt auch für den Fall, dass sich die Nichtigkeit der Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan im Verlauf eines gerichtlichen Streitverfahrens herausstellt.

§ 14 Rücktritt

- (1) Tritt ein rechtliches Hindernis für das Vorhaben ein, sind beide Parteien zum Rücktritt von diesem Vertrag berechtigt.
Ein rechtliches Hindernis im Sinne des Satzes 1 besteht insbesondere für die Fälle dass
 1. dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan nicht bis spätestens zum 29.12.2017 in Kraft getreten oder nachträglich gerichtlich für unwirksam erkannt worden ist,
 2. die Genehmigungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz nicht erteilt werden,
 3. der Vorhabenträger oder seine Rechtsnachfolger den Zuschlag der Bundesnetzagentur nicht erhalten.
- (2) Im Falle des Rücktritts von diesem Vertrag ist der Vorhabenträger von der Tragung der Kosten des Vertrages und seiner Durchführung nach § 11 befreit, soweit er den Grund für den Rücktritt nicht selbst zu vertreten hat.
- (3) Tritt einer von mehreren etwaigen Rechtsnachfolgern von diesem Vertrag zurück, so gilt der Rücktritt nur für seinen Vertragsanteil. Im Übrigen bleibt der Vertrag unberührt.

§ 15 Schlussbestimmungen

- (1) Vertragsänderungen oder -ergänzungen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für einen Verzicht auf das Schriftformerfordernis. Nebenabreden bestehen nicht. Der Vertrag ist zweifach ausgefertigt. Die Gemeinde und der Vorhabenträger erhalten je eine Ausfertigung.
- (2) Die Wirksamkeit dieses Durchführungsvertrages bleibt von der Bekanntmachung des Bebauungsplanes unberührt. Die Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen berührt die Wirksamkeit der übrigen Regelungen dieses Vertrages nicht. Die Vertragsparteien verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch solche zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck des Vertrages rechtlich und wirtschaftlich entsprechen.

§ 15 Wirksamwerden

Der Vertrag wird mit der Unterschrift der Parteien wirksam.

Ort, Datum

Ort, Datum

für die Gemeinde
(Axel Buch)

für den Vorhabenträger
(Axel Buch)

Ort, Datum

Ort, Datum

für die Gemeinde
(n.n.)

für den Vorhabenträger
(...)